

utopia

herrschaftslos gewaltfrei

Nr. 15 Frühling 2010

Unbezahlbar – einfach mitnehmen!

www.jugendzeitung.net

redaktion@jugendzeitung.net

Psychologische Kriegsführung

Wie die Bundeswehr die Klassenzimmer erobert.

Über 500 Menschen demonstrierten am 23. Januar laut und bunt auf den Straßen der Stadt Freiburg in Baden-Württemberg gegen die Militarisierung von Bildungseinrichtungen. Der Protestzug unter dem Motto „Bundeswehr raus aus den Klassenzimmern“ war der bundesweit erste gegen Militärs an deutschen Schulen. Die Bundeswehr hat mittlerweile viele Wege gefunden, neue RekrutInnen in den Schulen anzuwerben. Zudem sollen schon die jungen Menschen von der Notwendigkeit des Militärs und seiner Kriegseinsätze überzeugt werden.

Kanonfutter und Akzeptanz

Doch warum braucht die Bundeswehr überhaupt neue Leute? In Deutschland gibt es zwar eine Wehrpflicht, dennoch werden immer weniger junge Menschen als „tauglich“ eingestuft. Zudem gibt es die Möglichkeit den Dienst an der Waffe zu verweigern und einen zivilen Ersatzdienst zu leisten. „Gut ausgebildete, gleichermaßen leistungsfähige wie leistungswillige Soldatinnen und Soldaten sowie



zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“, heißt es im aktuellen „Weißbuch 2006 – zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ des Bundesministeriums der Verteidigung. Trotz eines generellen Personalabbaus beziffert die deutsche Armee ihren Personalbedarf in dem zukunftsweisenden Strategiepapier mit jährlich „20.000 jungen Frauen und Männern“. Um diesen Bedarf sicherzustellen ist ihr jedes Mittel Recht: auch der Einzug in die Schulen. Nicht zuletzt geht es der Bundeswehr aber auch um die „Herzen und Köpfe“, wie es im militärischen Jargon heißt. Auslandseinsätze wie der in Afghanistan werden von der heimischen Bevölkerung immer noch kritisch gesehen und teilweise sogar von einer breiten Mehrheit abgelehnt. Dem wirkt die Bundeswehr mit einer gründlichen Image-Pflege entgegen. Ziel ist es die Akzeptanz weltweiter Militäreinsätze zu erhöhen – Krieg soll wieder ein berechtigtes Mittel der Politik werden. Diese Militarisierung setzt schon bei den Jüngsten an – den SchülerInnen.

Fortsetzung auf Seite 5

Gescheiterte Klimaverhandlungen

Auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen konnten sich die Staaten nicht auf Klimaschutz einigen, weil Wirtschaftsinteressen immer noch wichtiger sind. Das stellt die Klimabewegung vor neue Herausforderungen.

Wer will Staatsbürgerin der Malediven werden? Klimaaktivist/innen verteilen symbolisch Pässe an die Teilnehmenden der Klimakonferenz im dänischen Kopenhagen. Nicht ohne Grund: Der Inselstaat ist im wahrsten Sinne vom Untergang bedroht: Steigt der Meeresspiegel auf Grund der Erderwärmung weiter an, müssen sich die rund 400.000 Einwohner/innen eine neue Heimat suchen. Präsident Mohamed Nasheed ist deshalb überzeugt: Der Temperaturanstieg muss auf 1,5 Grad begrenzt werden. Die Industriestaaten aber wollen das 2-Grad-Ziel festschreiben – und werden vermutlich nicht einmal das erreichen. Für Nasheed ist das inakzeptabel: Er werde keinen „Selbstmordpakt“ unterschreiben, erklärt er in Kopenhagen. Gebracht hat es nicht viel. Das Ergebnis der UN-Konferenz ist weniger als mager. Es gibt einen „Copenhagen Accord“, doch der wird von den Vereinten Nationen bloß als Vorschlag „zur Kenntnis genommen“. Zahlen, welches Land wieviel Treibhausgase einsparen soll, fehlen komplett. Bestrafungsmöglichkeiten bei Nichteinhalten ebenfalls. Auf gut Deutsch: Wir wollen den Klimawandel aufhalten, verraten aber nicht wie.

Höchste Zeit für richtigen Klimaschutz

Dabei wird es höchste Zeit: Im Jahr 2013 läuft das Kyoto-Protokoll aus, danach soll es ein neues Abkommen geben. Damit es rechtzeitig in Kraft treten kann, sollte eigentlich der Dezember 2009 die letzte Deadline für die Unterzeichnung sein. Danach muss es nämlich noch von allen Ländern ratifiziert werden, die Parlamente müssen es also bestätigen.

Die Bilanz des Kyoto-Protokoll ist erschreckend: Die weltweiten Treibhausgasemissionen sind weiter angestiegen, weil Schwellenländer wie China immer mehr ausstoßen und viele Industriestaaten sich nicht an das Kyoto-Protokoll halten. Daraus hätte man für ein neues Abkommen lernen können. Doch mal wieder sind die Verhand-

lungen gescheitert. Erklärt wird das meist mit den unterschiedlichen Positionen der Länder:

Die USA wollen zunächst ihr eigenes Klimagesetz verabschieden, bevor sie sich international zu Treibhausgas-Reduktionen verpflichten. Außerdem möchten die Vereinten Staaten, dass auch China als weltweit größter Produzent des Klimagifts CO₂ mitmacht. China hingegen beharrt darauf, dass vor allem die Industrieländer für den Klimawandel verantwortlich sind. Der Pro-Kopf-Ausstoß ist dort auch deutlich höher. Die Europäische Union beteuert zwar, sie wolle ein „ambitioniertes“ Abkommen, ist aber nicht bereit, von sich aus die Emissionen um 30 oder gar 40 Prozent zu senken. Die kleinen Inselstaaten und afrikanische Länder, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, hoffen auf effektiven Klimaschutz, haben aber keine Druckmittel.

Wirtschaftliche Interessen

Das eigentliche Problem ist aber, dass die Länder immer noch die Interessen ihrer Wirtschaft vertreten. Klimaschutz bedeutet eben Mehrkosten und das schmälert den Profit. Kein Land will das seiner Wirtschaft zumuten. Dass Klimaschutz längst nicht mehr das Öko-Thema ist, hat sich in Kopenhagen auch dadurch gezeigt, dass über 100 Staats- und Regierungschefs und -cheffinnen angereist sind. Es geht schließlich um knallharte wirtschaftliche Interessen. Und da dürfen natürlich auch die Lobbyist/innen nicht fehlen. Die größte Nichtregierungsorganisation (NGO) in Kopenhagen war... die Internationale Emissionshandel-Vereinigung IETA, in der die großen Verschmutzungs-Industrien zusammengeschlossen sind. Knapp 500 Lobbyist/innen waren auf dem Klimagipfel. Auch auf den beiden Vorgängerinnen-Konferenzen stellte der Industrieverband mehr Vertreter/innen als jede andere NGO.

Herausforderungen für die Klimabewegung

Wie kann es weitergehen nach Kopenhagen? Die Großdemo mit 100.000 Teilnehmenden war ein guter Startschuss für eine globale Klimabewegung. Doch bis zur nächsten Klimakonferenz in Mexiko können Klimaengagierte auch zu Hause jede Menge machen.

In Deutschland sind immer noch 10 neue Kohlekraftwerke in Bau und weitere 15 in Planung. Sollten die tatsächlich in Betrieb genommen werden, wären sämtliche Klimaziele faktisch unerreichbar. Einige Neubaupläne konnten durch lokalen Protest schon gestoppt werden. Auch die von Union und FDP geplante Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken würde sich langfristig negativ auf das Klima auswirken. Denn sie verhindern den Ausbau der erneuerbaren Energien und nur die können auf Dauer für klimafreundlichen Strom sorgen. Es bleibt also noch viel Arbeit.

Felix W.



Protestaktion während des Klimagipfels im Dezember 2009 in Kopenhagen.

Foto: Christian Grodtki

editorial

Voll fett!

Ihr haltet die erste *utopia* mit acht Seiten in euren Händen. Damit haben wir den Umfang der Zeitung verdoppelt. Anders als in der letzten Ausgabe angekündigt, ist diese sogar schon jetzt, Anfang März, erschienen. Ab jetzt erscheint die *utopia* aber nur noch alle drei Monate – die nächste also erst im Juni. Nicht nur Umfang und Erscheinungsrhythmus haben sich geändert, auch Layout und Seitenplanung sind neu. Neben der bereits bekannten Serie „Was ist eigentlich...“ (diese Ausgabe: Freihandel, Seite 3), haben wir Serien mit den Titeln „reclaim the media“ (LOTTA, Seite 7) und „Tipps und Tricks für ein richtiges Leben im Falschen“ (Containern, Seite 8) geplant. Der Leitartikel (Psychologische Kriegsführung, Seite 1 und 5) ist deutlich länger als bisher. Wie euch die Veränderungen in Struktur und Layout gefallen, was wir besser machen können und was so bleiben soll, interessiert uns brennend! Schreibt bitte eine Mail an unsere neue Emailadresse: redaktion@jugendzeitung.net. Das gleiche gilt für den Fall, dass ihr an Mitarbeit interessiert seid. Egal, ob ihr uns „nur“ ab und zu Artikel oder Fotos schicken wollt, oder direkt in der Redaktion und im HerausgeberInnenkreis mitarbeiten wollt: Wir freuen uns über jede Mitarbeit. Schließlich gilt es auch in Zukunft, alle drei Monate acht Seiten mit Texten und Bildern aus herrschaftslos-gewaltfreier Sicht zu füllen. Außerdem wollen wir eigentlich auf jugendzeitung.net ein Online-Magazin betreiben, das wir jedoch aus Mangel an AutorInnen und RedakteurInnen vorerst einstellen mussten. Wenn wir wieder mehr Leute sind, die auch Zeit und Lust haben, was zu reißen, dann können wir auch das wieder in Angriff nehmen!

Aber bevor jetzt alle begeistert an den Computern rennen, um Kontakt aufzunehmen, lehnt euch erstmal zurück und stöbert in der neuen *utopia*. Einige Artikel haben wir schon genannt. Zu erwähnen sind vielleicht noch die Schwerpunkte Entwicklungshilfe (Seite 2 und 3), Medien (Seite 6) und Tierbefreiung (Seite 7).

Li(e)bertäre Grüße,
eure *utopia*-Redaktion

Jenseits des „Malestreams“

Das feministische Monatsmagazin „an.schläge“

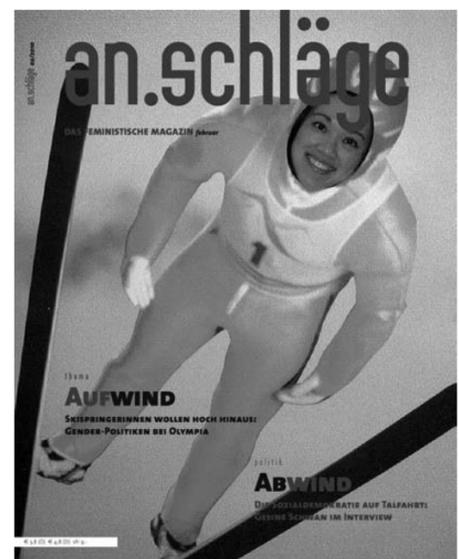
Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März möchten wir euch ein einzigartiges Projekt in der deutschsprachigen Printmedienlandschaft vorstellen: Die österreichische feministische Zeitschrift *an.schläge*.

1983 vom Verein „Frauen Aktiv in Kultur- und Arbeitswelt“ gegründet, 1991 zunächst eingestellt und 1993 vom neu gegründeten Verein für feministische Medien und Politik „CheckArt“ wiederbelebt, berichtet *an.schläge* Monat für Monat aus feministischer Sicht von Politik, Gesellschaft, Arbeit und Kultur. Die Intention der Herausgeberinnen und Verlegerinnen ist es, in der männerdominierten (Medien-)Welt eine feministische Gegenöffentlichkeit zu präsentieren. Inzwischen haben die *an.schläge* auch einen Platz in der Fernsehwelt gefunden: *an.schläge* TV wird seit 2006 vom nichtkommerziellen Wiener Sender Okto ausgestrahlt. Wer nicht in Österreich wohnt, findet das Programm im Internet unter www.okto.tv. Der Name der Zeitung soll einerseits Assoziationen wecken zu Schreibmaschinenanschlägen und Nachrichten, die früher an öffentlichen Orten „angeschlagen“ wurden, andererseits spielt er auf die inhaltliche Ausrichtung von Anschlag auf das Patriarchat an. Der Sitz der *an.schläge* befindet sich in Wien, weshalb man im Heft viele Berichte über Politik und Projekte aus Österreich findet. Doch die Redakteurinnen wissen um ihre schweizerischen und deutschen Leserinnen, sodass das

Heft für den gesamten deutschsprachigen Raum ein feministisches Sprachrohr ist. Internationale Themen, Kolumnen, Termine, CD- und Buchrezensionen kommen dabei auch nicht zu kurz. Die Redaktion besteht aus jungen Frauen, die nach dem Konsensprinzip zusammenarbeiten. Das heißt, es gibt keine hierarchischen Strukturen, Entscheidungen werden gemeinschaftlich getroffen. Viele der Redakteurinnen arbeiten ehrenamtlich mit. Ohne sie könnten die *an.schläge* nicht existieren, denn die Zeitschrift befindet sich dauerhaft in einer finanziell schwachen Lage. Zwar gibt es Einnahmen aus Abos, Spenden und Inseraten, doch eine dauerhafte Basisförderung fehlt. Nach eigenen Angaben bekommen sie seit 2001 keine Subventionen vom österreichischen Frauenministerium (jetzt Ministerium für Gesundheit und Frauen) mehr. Wer sich für die *an.schläge* interessiert, der oder dem empfehle ich die Seite www.anschlaege.at. Dort werden die Redaktionsmitglieder vorgestellt, man kann ausgewählte aktuelle Artikel lesen, im Archiv stöbern, sich zu *an.schläge* TV auf Okto verlinken lassen oder sich informieren, in welchen österreichischen und deutschen Läden die Zeitschrift erhältlich ist. Wer die *an.schläge* abonnieren möchte, hat die Wahl zwischen verschiedenen Inlands- und Auslandsabos. Ein Schnupperabo von drei Heften zum Beispiel kostet 10 € für alle, die in Österreich leben, für alle anderen 12 €. Wem dieses einzigartige Medienprojekt besonders am

Herzen liegt und wer es sich leisten kann, hat die Möglichkeit, die *an.schläge* mit einem Förderabo besonders zu unterstützen. Selbstverständlich auch Jungen und Männer!

Kristina Beckmann



Eine Ausgabe der *an.schläge*

Abenteuerurlaub als Entwicklungshilfe?

„Lernen durch tatkräftiges Helfen“ - so lautet das Motto des "Weltwärts"-Programms des Bundesministeriums für technische Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Seit Anfang 2008 unterstützt das Ministerium so Entscheidungsorganisationen, indem es 75 Prozent der Ausgaben für Freiwilligendienste finanziert. Das ehrgeizige Ziel ist es, jährlich 10.000 Freiwillige im Alter von 18 bis 28 Jahren in sogenannte Entwicklungsländer zu entsenden. Ob diese dort allerdings tatkräftig helfen, ist stark zu bezweifeln.

Sicherlich lernt der/die Einzelne von einem Auslandsaufenthalt sehr viel; nicht nur die Sprache des Landes, sondern auch Toleranz und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Menschen und Kulturen. Das Ziel des Weltwärts-Programms ist außerdem, das Engagement junger Menschen für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen und es im Prinzip allen jungen Menschen möglich zu machen, einen Freiwilligendienst im Ausland zu leisten, ohne dass dieser vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Diese nach außen getragene Begründung ist einleuchtend. Tatsächlich steckt hinter dem Programm aber eine ganz andere Motivation: Der Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit gemessen am Bruttoinlandsprodukt Deutschlands lag 2007 bei 0,37 Prozent. Die EntwicklungsministerInnen der EU hatten aber 2005 beschlossen, dass diese Quote bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent steigen sollte. Jetzt musste also schnell irgendwo eine Menge Geld ausgegeben werden, damit diese Planung eingehalten werden konnte. Somit entstand das Weltwärts-Programm, mit dem Freiwillige monatlich mit etwa 580 Euro für Unterkunft, Essen, Flug und Taschengeld gefördert

werden. Für 10.000 Freiwillige, die alle ein Jahr im Ausland „Entwicklungshilfe“ leisten, werden insgesamt 69,6 Millionen Euro ausgegeben, eine Summe, die auf die offizielle Entwicklungshilfe berechnet wird. Mit diesem Geld könnten Partnerinnenorganisationen oft mehrere Einheimische in den Entwicklungsprojekten einstellen.

Leider hat das Programm bisher nicht - wie gewünscht - Leute mit anderen Hintergründen und abgeschlossener Berufsausbildung angesprochen. Stattdessen nutzen im Moment AbiturientInnen das Programm am stärksten. Wahrscheinlich deshalb, weil Nicht-AbiturientInnen nach ihrer Ausbildung eher daran interessiert sind, einen festen Arbeitsplatz zu bekommen, als ein Jahr Abenteuerurlaub zu machen. Denn so muss ein solcher Freiwilligendienst wohl beurteilt werden. Die Freiwilligen sind unqualifizierte SchulabgängerInnen, die in einem Jahr kaum nachhaltige Entwicklungshilfe leisten können, sondern vielmehr persönliche Erfahrungen sammeln.

Dem/der Einzelnen bringt so ein Jahr persönlich sehr viel. Ich selber war mit dem Programm ein Jahr in Bolivien und habe in einer Vorschule den LehrerInnen geholfen. Ich verbinde mit dem Jahr viele Erfahrungen, die mir sicherlich ein Leben lang in Erinnerung bleiben werden. Dass diese Erfahrungen allerdings mit Geldern bezahlt wurden, mit denen eigentlich effiziente Entwicklungszusammenarbeit hätte finanziert werden müssen, trübt das Ganze sehr. Was habe ich denn schon zur Entwicklung Boliviens beigetragen? Sicherlich, einen kleinen Beitrag kann man immer leisten, aber das rechtfertigt noch lange nicht die knapp 7.000 Euro, die vom BMZ für mich ausgegeben wurden. Ein Ziel allerdings hat das BMZ mit seinem

Weltwärts-Programm bei mir erreicht: Durch das Jahr in Bolivien wurde mein Interesse an Entwicklungszusammenarbeit geweckt. Ich habe mich viel damit auseinandergesetzt. Allerdings glaube ich nicht, dass ich die derzeitige „Entwicklungshilfe“ des BMZ unterstützen werde. Oft bekommt man den Eindruck, dass die heutigen Industriestaaten einfach nur ihren Imperialismus unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe weiterführen. Der derzeitige Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel (FDP), zeigt das sogar recht offen: Er will deutschen Unternehmen die Tür in die Entwicklungsländer öffnen.

Es stellt sich tatsächlich die Frage, was die Industrienationen eigentlich unter Entwicklung verstehen und wie sie diese in den so genannten unterentwickelten Ländern antreiben wollen. Wie „Entwicklungshilfe“ oft geleistet wird, zeigt schon das Wort an sich: Der starke Reiche hilft dem armen Schwachen. Bei dieser Hilfe bleibt das Interesse derer, denen geholfen wird, oft außen vor. Sie werden entmündigt. Das Ungleichgewicht ist deutlich. Jetzt schicken die Industrienationen verstärkt junge SchulabgängerInnen in diese Länder. Diese sind oft genug in dem Glauben, dass sie in nur einem Jahr die Welt verändern könnten. Das ist blanker Hohn für die sogenannten Entwicklungsländer. Nicht nur, weil Einheimische nach Kräften wirkliche Entwicklungsarbeit leisten, sondern auch, weil die reichen Industrienationen sie einst unterwarfen und bis heute ausbeuten.

Lyd

Lyd war 2008/2009 ein Jahr mit dem Weltwärts-Programm in Bolivien.

Rettet die utopia!

Eine kritische und kostenlose Jugendzeitung herauszugeben kostet im Kapitalismus leider einen Haufen Geld. Jetzt spenden oder DauerspenderIn werden, Soli-Parties schmeißen...

<http://www.jugendzeitung.net/spenden/>

Anzeigen

CD 1 CD 2

RAGE AGAINST THE DEATH MACHINE

Neuer Solidaritätssampler für Mumia Abu-Jamal. Doppel-CD mit über 30 Bands! 13,- Euro. Bestellungen über: Jump Up-Bremen, Matthias Henk, Postfach 110447, 28207 Bremen, E-Mail: jumpup@t-online.de

28 years of injustice

FAIR-TRADE-T-SHIRTS-GIRLIES-TANKTOPS-POLOS-KAPUZENPULLOVER

ZONA ANTIFASCISTA

grandioso-versand.de
grandioso-textildruck.de

MUSIK-FAHNEN-ZINES-BOOKS-STREETWEAR-TASCHEN-RUCKSÄCKE

Anzeigen

www.ewo2.de / www.jump-up.de

Bernd Köhler, Christiane Schmie, Hans Reffert, Laurent Leroi

... in dieser Zeit

avantipopolo 2

Solidaritätssong, Bella ciao, Sixteen Tons, La Lega, Oh Fallada, Stahlerkersong, Heckerlied, ... in dieser Zeit, Resolution der Kommunisten, Chiffon rouge, u. a.

Problemfaktor Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe soll die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern verbessern. Vor allem durch finanzielle Hilfe wird versucht, Unzulänglichkeiten in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen, zum Beispiel Schulden und Korruption, zu verringern. Jährlich investieren hauptsächlich Staaten, internationale Organisationen wie die UNO sowie private Initiativen Millionen in die Entwicklungspolitik. Dass dies nicht ausschließlich aus Nächstenliebe geschieht, sondern oft strategische Interessen dahinterstecken, ist bei näherer Betrachtung offensichtlich. So können mit den Geldern auch demokratische Institutionen zerstört und politische Gruppen, die den Geberländern nützlich erscheinen, unterstützt werden. Entwicklungshilfe kann ein Machtinstrument sein.

So weiß mitunter kaum jemand, dass das Konzept der Entwicklungshilfe aus Zeiten des Kalten Krieges stammt, wo es dazu diente, Vorherrschaft und Einfluss aufrechtzuerhalten. Nach diesem Prinzip funktioniert das auch heute noch: Hilfgelder tragen zur Stabilisierung staatlicher Einrichtungen bei, was oft von Herrschenden zur Unterdrückung des eigenen Volkes missbraucht wird. Desweiteren schafft Entwicklungshilfe ausgedehnte Bürokratien und es werden hauptsächlich staatliche Unternehmen finanziert, wodurch die kleineren privaten Betriebe Bankrott gehen und die Menschen um ihre Existenz fürchten müssen.

Die Geldgeber können zudem entscheiden, welche Produkte sie unterstützen, und somit Ideenreichtum und Vielfalt der heimischen Produktion einschränken. Wenn Regierungen, ihre Anstrengungen einzig auf die Erlangung von Entwicklungshilfe konzentrieren, spricht man von „Rent-seeking“. Das kann dazu führen, dass sich die Herrschenden unabhängig von den BürgerInnen machen und sozusagen süchtig nach Hilfe werden. Genau hier liegt ein Problem am Prinzip Entwicklungshilfe: Regierungen kümmern sich nicht mehr um die Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerung. Sie werden korrupt und von den westlichen Geldgebern gekauft. Darüber hinaus werden die Hilfgelder nicht selten zum eigenen Machterhalt missbraucht, wie beispielsweise zum Kauf von Waffen. Schätzungen zufolge geben afrikanische Regierungen pro Jahr 15 Milliarden Dollar für Waffen aus. Zwischen 1981 und 1996 erlebte fast die Hälfte aller afrikanischen Länder gewaltsame Konflikte zwischen der Regierung und Oppositionsgruppen.

Ob Entwicklungshilfe wirklich etwas bewirken kann oder nicht, hängt stark davon ab, was die Regierung mit den ihnen zur Verfügung gestellten Geldern anstellt. Eine – wohl bessere – Alternative wäre Entwicklungshilfe von unten. Das Geld bekommen die einfachen BürgerInnen und nicht die mächtigen und korrupten Machthaber.

Malina Bura, 16

Zivitärisch?

Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Eigentlich schließt es sich gegenseitig aus: ist etwas „zivil“ kann es im Prinzip nicht „militärisch“ sein und umgekehrt. Dennoch ist die „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ (CIMIC) zum neuen sicherheitspolitischen Leitbild Deutschlands, der EU sowie des Militärbündnisses NATO geworden. Der Grund: Eine effektive Durchsetzung eigener Interessen erfordere den „Einsatz eines breiten außen-, sicherheits-, verteidigungs- und entwicklungspolitischen Instrumentariums“, so steht es im Weißbuch der Bundeswehr, dem aktuellen Strategiepapier der deutschen Armee. Die Europäische Sicherheitsstrategie weist in dieselbe Richtung: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“ Mit dem „Europäischen Auswärtigen Dienst“ (EAD) wird derzeit ein EU-Superministerium geschaffen, das die Aufgabenbereiche eines Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs-, und Verteidigungsministeriums in sich vereint. Der EAD dient dabei als Vorbild gerade für Deutschland. Der neue Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) forderte bereits, sein Ministerium solle künftig stärker auf die Durchsetzung deutscher Interessen verpflichtet und früher oder später ins Auswärtige Amt eingegliedert werden. Wohin die Reise gehen soll, zeigt die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP), die wichtigste Denkfabrik der Bundesregierung. Sie fordert eine neue strategische Planungseinheit: „Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. ... Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten

und realisieren.“ Weiter sprechen sich die SWP-Strategen für eine weitgehende Abschaffung einer rein zivilen Außenpolitik aus: „Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern.“ Offensichtlich drohen zivile und militärische Mittel ganz im Sinne einer auf Ausdehnung der Macht ausgerichteten Politik bis zur Unkenntlichkeit zu verschmelzen. Die fatalen Folgen lassen sich derzeit in Afghanistan beobachten, wo Zivil-militärische Zusammenarbeit erstmals in großem Stil erprobt wird. Befragt nach den entwicklungspolitischen Aufgaben in Afghanistan antwortet Niebel: „Unsere Streitkräfte und zivilen Aufbauhelfer müssen am gleichen Ziel arbeiten“, nämlich an der Durchsetzung deutscher Interessen. Erfreulicherweise kritisiert der Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) diese Entwicklung aufs Schärfste: “[Zivil-militärische Zusammenarbeit] bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. ... Diese Vereinnahmung der Entwicklungshilfe durch das internationale Militär [verursacht] eine unselige Vermischung von Interessen und Zielen, die der Sache der Armutsbekämpfung und Entwicklungsförderung abträglich ist.“

Jürgen Wagner
Jürgen ist Geschäftsführer der Tübinger Informationsstelle Militarisierung e.V.

Mehr Infos: www.imi-online.de

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

probierst du kostenlos

graswurzel revolution

www.graswurzel.net

"Warum sollen wir Kleidung tragen, die von ausgebeuteten ArbeiterInnen hergestellt wurde?"



www.bekleidungssyndikat.de

fair - bio - vegan

Was ist eigentlich...

...Freihandel?

Blockaden, Gummigeschosse, ein brennendes Polizeiauto: Die Tagung der Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) in Seattle 1999 musste wegen Auseinandersetzungen zwischen Aktivist/innen und Polizei abgebrochen werden. Zehntausende Globalisierungskritiker/innen protestierten gegen die Konferenz der Wirtschafts- und Handelsminister. Ihr Vorwurf: Die WTO betreibe eine Freihandelspolitik auf Kosten der armen Länder. Doch warum scheiden sich am freien Handel die Geister?

Freihandel bedeutet, dass Waren über Nationalgrenzen hinweg getauscht werden können – frei von Beschränkungen wie Einfuhrverboten, Zöllen oder Importquoten. In der Wirtschaftstheorie bietet das vor allem Vorteile: Produkte können dort hergestellt werden, wo dies am günstigsten ist. So braucht Deutschland keine Bananen in Gewächshäusern anzubauen, sondern kann sie beispielsweise günstig aus Amerika importieren. Würde Deutschland die Grenzen dicht machen, gäbe es einige Produkte auch gar nicht mehr zu kaufen – Ölfelder zum Beispiel gibt es auf dem Gebiet der Bundesrepublik schlicht nicht.

die armen Länder den Schwankungen der ohnehin sehr niedrigen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt ausgesetzt. Manche Staaten versuchen deshalb, ihre heimische Wirtschaft durch Zölle gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen. Ist der Staat aber Mitglied in der Welthandelsorganisation WTO, können andere Nationen gegen die Einführung dieser sogenannten „Handelshemmnisse“ klagen. Somit sind alle 153 WTO-Mitgliedsstaaten gezwungen, ihre Märkte schrittweise zu öffnen. Der freie Handel gilt allerdings nicht für die Ware Arbeitskraft. Menschen können also nicht von einem Land ins andere reisen um dort mehr Geld zu verdienen.

Ungleiche Partner

Wie ist freier Handel aus globalisierungskritischer Perspektive zu bewerten? Mit dem Ziel einer solidarischen Weltgesellschaft scheint es zunächst absurd, sich gegen freien Handel und für Nationalstaatlichkeit auszusprechen. Allerdings sind am freien Handel ungleiche Partner beteiligt und die Unterschiede werden weiter zunehmen. Entwicklungsländer werden weiterhin einfache Rohstoffe liefern, während der



Protestaktion gegen das WTO-Treffen 2005 in Hongkong Foto: liangjinjian

In der Theorie profitieren beide Seiten vom Handel: Auch die Bananenbauern und Erdöllieferantinnen können ihr Geld verdienen – unter Umständen mehr als wenn sie nur in ihrem Heimatland verkaufen. Besonders vorteilhaft ist es, sich auf ein Produkt zu spezialisieren und dann die ganze Welt damit zu beliefern. Das ist nämlich billig – wegen der hohen Stückzahl und weil man viel Energie darauf verwenden kann, die Produktionsabläufe zu verbessern. Häufig konzentrieren sich ganze Länder auf wenige Produkte, die sie herstellen. Viele Entwicklungsländer sind beispielsweise vom Export bestimmter Rohstoffe wie Bananen, Kaffee oder Kakao abhängig. Die Industrieländer liefern vor allem Maschinen und andere Waren, zu deren Herstellung technisches Wissen erforderlich ist. Während die reichen Staaten so von den technischen Entwicklungen profitieren, sind

technische Fortschritt in den Industriestaaten voranschreitet. Freihandelspolitik wird in der Realität zudem nur halbherzig betrieben. Auch die reichen Staaten schotten ihre Märkte ab – zum Beispiel durch die Agrarsubventionen der Europäischen Union (EU). Davon profitieren alleine die europäischen Landwirtschaftsbetriebe, die afrikanischen Bäuerinnen und Bauern gehen leer aus und haben deswegen auf dem europäischen Markt schlechte Chancen. Freier Handel kann aber auch soziale und ökologische Standards (zum Beispiel in der EU) unterlaufen. Produziert wird dann da, wo es die niedrigsten Sozial- und Umweltstandards gibt: also auf Kosten von Mensch und Natur.

Florian Wendker

UNRAST Verlag

Postfach 8020 · 48043 Münster · www.unrast-verlag.de

Redaktionskollektiv (HG.)
Tipps & Tricks für Antifas reloaded

80 Seiten, 4 Euro
ISBN 978-3-89771-477-9

Gabriel Kuhn
Vielfalt - Bewegung - Widerstand
Texte zum Anarchismus

141 Seiten, 13,00 Euro
ISBN 978-3-89771-497-7

Silke Lohschelder (Hg.)
AnarchaFeminismus
Auf den Spuren einer Utopie

196 Seiten, 13,00 Euro
ISBN 3-89771-200-8

Anzeigen

T-Shirts ★ **Kapus**
★ ★ **Girlies** ★ ★
bedruckt und unbedruckt



über 1000 Button Motive
Buttonproduktion
auch Kleinstauflagen

www.roter-shop.de

Was tun gegen Totschlagargumente?

Wenn der Jugendoffizier an deine Schule kommt.

Die Bundeswehr erobert die Schulen. Jugendoffiziere sollen die jungen Menschen vom Dienst an der Waffe und der Notwendigkeit des Krieges überzeugen (siehe Leitartikel in dieser utopia). Doch wer den Olivgrünen das Klassenzimmer überlässt, verhindert einen kritischen, ausgewogenen Unterricht. Militär gehört nicht in Schulen. Eine Erziehung zur friedlichen Konfliktlösung ist mit der Bundeswehr nicht machbar. Daher: Bundeswehr raus aus den Klassenzimmern! Aber wie? Eine Anleitung zur Entmilitarisierung der Schule.

Die friedliche Vorsorge

Gut ist es natürlich, wenn die Bundeswehr es erst gar nicht ins Klassenzimmer schafft. Die Jugendoffiziere sprechen mit den LehrerInnen Termine und Vorträge ab, tausende Briefe werden von den Jugendoffizieren jährlich an Schulen geschickt um für Schuleinsätze zu werben. Wenn ihr von möglichen Besuchen an eurer Schule hört oder euch einE LehrerIn den Besuch der Bundeswehr ankündigt, solltet ihr schleunigst eingreifen! Erinnert eure Lehrkräfte an die Richtlinien zur politischen Bildung, den so genannten Beutelsbacher-Konsens (siehe Kasten). Falls deinE LehrerIn auf den Besuch des Jugendoffiziers besteht, solltet ihr wiederum darauf bestehen, dass auch einE FriedensaktivistIn eingeladen wird. Allerdings sind die SoldatInnen meist überlegen, da sie rhetorisch geschult und

zudem für ihre Tätigkeit und Informationsbeschaffung bezahlt werden. Auf jeden Fall solltet ihr eure Lehrkraft dazu bewegen, die Anwesenheitspflicht für die Zeit des Bundeswehr-Besuchs auszusetzen. Wenn ihr abhauen dürft, überzeugt eure MitschülerInnen ebenfalls zu gehen!

Robbie Williams im Klassenzimmer

Falls es ein Jugendoffizier dann doch in euer Klassenzimmer geschafft hat und auch keinE KriegsgegnerIn eingeladen wurde, solltest du wissen, was dich erwartet.

Der Bundeswehr ist bekannt, dass viele Jugendliche „Befehl und Gehorsam“ kritisch gegenüberstehen. Deshalb darf der Jugendoffizier ganz und gar nicht dem Bild eines Militaristen entsprechen – dafür wird er jung, dynamisch, locker, ungezwungen, sachlich, gesprächsbereit und offen auftreten. Jugendoffiziere wollen coole Typen sein. Wichtig ist dem Jugendoffizier, schon zu Beginn einer Veranstaltung eine vertraute Atmosphäre zu schaffen z.B. indem er den SchülerInnen das „Du“ anbietet. So erzählt er zunächst von sich: Alter, verheiratet, Kinder, zur Bundeswehr, um die Familie und die freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen zu können, dann Jugendoffizier geworden, damit er jungen Menschen sein Wissen über die Bundeswehr und die deutsche Sicherheitspolitik vermitteln kann. Der Auftritt soll möglichst konfliktfrei verlaufen. Wo wird versucht durch eine

geschickte Gesprächsstrategie inhaltliche oder politische Konflikte zu entschärfen oder ihnen auszuweichen. Beispielsweise wird geringfügige Kritik an der Bundeswehr zugelassen oder sogar geteilt, um es den KritikerInnen danach zu erschweren, das Militär als Ganzes in Frage zu stellen. Auf direkten und beständigen Widerstand reagiert der Jugendoffizier schon aggressiver: dann häuft er Unmengen von Fakten und Zitaten auf, um den Kritiker als uneinsichtig und verbohrt vorzuführen, kritisiert den Argumentationsstil seiner WidersacherInnen als unfriedlich und stellt damit in Frage, dass die KritikerInnen wirklich für den Frieden sind, versucht die Kritik auf eine persönliche Ebene zu ziehen und stellt sich als den/die AngegriffeneN dar.

Phrasendrescher

Grundlegendes Ziel der Jugendoffiziere ist die Legitimation der Bundeswehr. Dazu bringen die SoldatInnen einige Argumente hervor, die hier kurz vorgestellt werden sollen.

„Jedes Land braucht eine Armee“, sagt der Jugendoffizier. Angeblich werde das Land von vielen Feinden bedroht und ohne Militär schon längst eingenommen. Spätestens seit Ende des Kalten Krieges ist diese Argumentation häufig. Zudem gibt es auch Staaten ohne Militär, zum Beispiel Costa Rica. Das Militär behindert heute nur zivile und friedliche Methoden der Konfliktlösung. „Die Bundeswehr ist eine demokratische Armee“, sagt der Jugendoffizier. Den Afghanistaneinsatz



Aktion gegen Bundeswehrmobil in Weimar. Foto: Rongkong Coma

lehnen sowohl die deutsche als auch die afghanische Bevölkerung mehrheitlich ab. Auch die Behauptung, die Armee sei demokratisch organisiert, ist falsch. Es gibt feste Hierarchien, in der die Stimmen der Führungsebene mehr zählen als die eines einfachen Soldaten. Die Bundeswehr ist eine totalitäre Organisation.

„Die Bundeswehr schützt die Menschenrechte“, sagt der Jugendoffizier. Jede militärische Auseinandersetzung stellt eine massenhafte Menschenrechtsverletzung dar. In den strategischen Richtlinien heißt es zudem ausdrücklich, dass die Bundeswehr auch zum Schutz des freien Warenverkehrs eingesetzt wird. Die Bundeswehr ist nicht Amnesty International – sie hilft auch keinen Flüchtlingen.

Lena Zirkel

Detaillierter Informationen zu Bundeswehr-Schulbesuchen finden sich in der „Broschüre gegen Totschlagargumente“ des radikaldemokratischen Jugendverbands „JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin“: <http://www.jungdemokraten.de/grundsatz/themen/antimil/juoff.htm>

Militärforschung an Universitäten: „Nur ein kleiner Kreis ist darin eingeweiht“

Sarah Nagel hat 2009 eine Studie zum Militär an Hochschulen bei der Tübinger Informationsstelle Militarisierung veröffentlicht. Forschungsvorhaben an den Hochschulen werden oft vom Militär finanziert – eine so genannte Dritt-Mittel-Finanzierung. Irgendwie müssen die Universitäten doch auch an Geld kommen...

Viele Universitäten und Lehrstühle sind chronisch unterfinanziert, deshalb gibt es einen starken Druck, Finanzmittel von außen einzuwerben. Wenn Rüstungsunternehmen oder das Verteidigungsministerium dann Geld geben wollen, wird nicht lang gezögert. Laut Bundesregierung ist es noch nie vorgekommen, dass militärische Forschungsaufträge von den Hochschulen abgelehnt wurden. Militärforschung an Hochschulen ist aber ein gesamtgesellschaftliches Problem. Weil die Bundesregierung Truppen in Einsätze schickt, muss für diese Kriegseinsätze auch geforscht werden. Auch wenn es manchmal nur darum geht an den Universitäten eine Bewerbungsbogen für Offiziersanwärter der Bundeswehr zu entwickeln ist dies kriegswichtig, da die neuen Soldaten dann wiederum im Afghanistan-Krieg oder in son-

stigen Bundeswehr-Auslandseinsätzen eingesetzt werden. Dieses Problem geht uns alle an.

Kannst du Beispiele für Rüstungsprojekte an Hochschulen nennen – dabei geht es nicht immer nur um Waffen?

Das Institut für Angewandte Festkörperphysik in Freiburg ist beispielsweise an der Entwicklung des Bundeswehr-Transportflugzeugs Airbus A400M beteiligt. Allein 2008 gab die Bundesregierung nach Eigenaussagen 1,1 Milliarden Euro für die Rüstungsforschung aus. Aber auch für private Rüstungsfirmen wird sicher häufig geforscht – darüber gibt die Bundesregierung allerdings keine Auskunft. Die Universität Stuttgart forscht zum Beispiel für das Unternehmen Eurocopter, einer Tochter des Rüstungsgiganten EADS, an neuen Rotorblättern und Kampfhubschrauberstrukturen. Das Geld fließt aber nicht nur in die Ingenieursbereiche: die Geisteswissenschaften werden als ‚Feigenblatt‘ in die Militärforschung mit einbezogen, zum Beispiel um die Akzeptanz von Kriegseinsätzen zu erforschen. Die Geisteswissenschaften sollen oft ethische Fragen rund um das Militärische

klären. Wenn man sich das Ergebnis dieser Forschungen dann ansieht, stellt man allerdings fest, dass es dabei natürlich nicht um Ethik und Moral, sondern nur um die Legitimierung von Militäreinsätzen geht. 27 Hochschulen beteiligen sich an bundeswehrrelevanter und wehrtechnischer Forschung.

Doch nicht nur die Rüstungsunternehmen sind an Universitäten aktiv. Auch die Jugendoffiziere der Bundeswehr sollen Zugang zu Hochschulen haben...

Es gibt verschiedene Arten der Kooperation. An der Universität Potsdam gibt es einen ganzen Studiengang – ‚Military Studies‘ – welcher zusammen mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr betrieben wird. Eine andere Zusammenarbeit besteht durch das POL&IS-Spiel, bei dem Studentinnen und Studenten von Angehörigen der Bundeswehr angeleitet die Welt-politik simulieren sollen – dazu stehen ihnen auch militärische Mittel zur Verfügung. An der Internationalen Fachhochschule Karlsruhe gibt es für die Teilnahme sogar Leistungspunkte. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird damit a u c h vermittelt, dass militärisches Eingreifen letztendlich ein legitimes Mittel der Politik ist. Das Simulationsspiel wird vor allem mit Lehramtsstudentinnen und -studenten gespielt, damit die Botschaft später in die Schulen weitergetragen wird. Es gibt auch ganze Veranstaltungsreihen der Bundeswehr und des Militärbündnisses NATO an Universitäten. Mit bundesweit 18 Universitäten betreiben die Jugendoffiziere laut einer Bundestagsanfrage eine ‚erfreulich intensive Kooperationen‘.

Es soll aber auch Widerstand gegen die Militarisierung der Hochschulen geben...

Da gab es schon viele Aktionen: Beispielsweise wurde gegen den ‚Sonderforschungsbereich 700‘ an der Freien Universität Berlin protestiert, wo Sozialwissenschaftler Forschung betreiben, die auch militärisch genutzt werden könnte. Ein anderes Beispiel ist Karlsruhe: Dort wurde das lokale Kernforschungszentrum mit der Universität zusammengelegt. Das Forschungszentrum hatte eine so genannte ‚Zivilklausel‘ und schloss somit die Forschung zu militärischen Zwecken aus. Beim Zusammenschluss sollte diese aber wegfallen,



Sarah Nagel bei einem Vortrag im November 2009 in Tübingen. Foto: Michael Schulze von Glaßer

damit an der Universität weiter Militärforschung betrieben werden kann. Die Auseinandersetzung dort läuft schon seit Jahren. Die Karlsruher Studierenden sprachen sich in einer umfassenden Abstimmung für eine neue Zivilklausel aus. Auch an anderen Universitäten wird für Zivilklauseln gestritten...

..., die ignoriert werden können.

Richtig, Zivilklauseln können nur ein erster Schritt sein. Sie werden teilweise schlicht ignoriert, beispielsweise an der Technischen Universität Berlin. Für eine rechtliche Bindung der Klausel könnte gefordert werden, diese zum Landesrecht zu machen, da Hochschulpolitik die Sache der Bundesländer ist. In Niedersachsen gab es so etwas bis in die 1990er-Jahre sogar schon und wird nun wieder gefordert. Natürlich sind direkte Protestaktionen und die Schaffung von Öffentlichkeit sehr wichtig, um gegen die Militarisierung der Hochschulen vorzugehen und auch etwas gegen die schleichende Akzeptanz der Militarisation in der Gesellschaft zu tun. Viele Studierende, MitarbeiterInnen, Mitarbeiter und sogar Dozentinnen sowie Dozenten wissen oft überhaupt nichts von ihrer militärisch tätigen Universität. Über die Militärforschung gibt es daher keine demokratische Kontrolle, obwohl es sich um öffentliche Einrichtungen handelt, die durch Steuermittel finanziert werden. Durch mehr Öffentlichkeit kann Druck auf die Entscheidungsträgerinnen und -träger aufgebaut werden.

Interview: Michael Schulze von Glaßer

14. Eine-Welt-Landeskonferenz NRW

Apocalypse now oder nachhaltiges Bruttosozialglück?! Gute Ideen für stürmische Zeiten

5./6. März Solingen
Infos und Anmeldung:
www.eine-welt-netz-nrw.de

Themen: Postwachstumsökonomie, nachhaltige Lebensstile in Nord und Süd, Klimaschutz, Jugend-Klima-Kampagne...

black mosquito

refuse resist revolt

kleidung » musik » filme
 aufkleber » aufnäher » bücher
 buttons » broschüren
www.black-mosquito.org

Anzeigen

Fortsetzung **Psychologische Kriegsführung**

Kooperation und Ausbildung

Am 29. Oktober 2008 wurde in Nordrhein-Westfalen die bundesweit erste Kooperationsvereinbarung zwischen einem Landesschulministerium und der Bundeswehr unterzeichnet. Der Vertrag sieht vor, dass Jugendoffiziere im „schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik“ informieren. Eines dieser Instrumente ist das Militär. „Dabei werden“, so heißt es im Vertragstext weiter, „Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.“ Das nationale Interesse Deutschlands umfasst laut dem Bundeswehr-Weißbuch auch die Sicherung von Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft. Ab der fünften Schulklasse soll eine Politik vermittelt werden, die den Einsatz des Militärs zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten als vollkommen berechtigt erachtet. Wenn ein Land seine Rohstoffe nicht an Deutschland verkaufen will, muss es mit einem militärischen Eingreifen rechnen. Für die Kooperation zwischen Bundeswehr und Schulen wurden in der Vereinbarung einige Grundlagen festgehalten:

- Eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung.
- Die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von ReferendarInnen und Lehrkräften.
- Die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Schulministeriums bei Aus-, Fort- und Weiterbildungsseminaren der Bundeswehr und von Besuchen in Militäreinrichtungen.

Mit der Aus- und Fortbildung von ReferendarInnen versucht die Armee ihren Einfluss auf den Schulunterricht zu verschleiern: nicht die Angehörigen der Bundeswehr bringen den SchülerInnen bei, dass Militär ein berechtigtes Mittel der Politik ist, sondern die jungen – scheinbar neutralen und daher unverdächtigen – LehrerInnen. Da die Bundeswehr-Besuche an Schulen im Rahmen des normalen Unterrichts stattfinden, herrscht Anwesenheitspflicht.

Auch im Saarland (März 2009) und in Baden-Württemberg (Dezember 2009) gibt es mittlerweile Zusammenarbeit zwischen Armee und Schulministerium, in Rheinland-Pfalz ist eine Vereinbarung in Planung – der Wortlaut entspricht jeweils dem der Vereinbarung aus NRW.

Jugendoffiziere und Wehrdienstberater

Jugendoffiziere, junge Männer und Frauen mit einem abgeschlossenem Studium und langjähriger militärischer Erfahrung in der Bundeswehr, sind ein grundlegender Bestandteil der Nachwuchs- und Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Armee. Die Einheit wurde 1958 – nur drei Jahre nach Gründung der Bundeswehr – ins Leben gerufen um den Ruf der Armee zu verbessern. Heute gibt es 94 hauptamtliche und über 300 nebenamtliche Jugendoffiziere, die an der Akademie der Bundes-



Transparent der "Akademie der Arbeit" auf einer Bildungsdemonstration im November 2009 in Wiesbaden. Foto: Michael Schulze von Gläßer

wehr für Information und Kommunikation (früher: Amt für psychologische Kriegsführung) ausgebildet werden. Neben der fachlichen Ausbildung werden die Jugendoffiziere auch in Rhetorik geschult. Haupteinsatzgebiet der zwischen 27 und 35 Jahre alten Jugendoffiziere sind Schulen: 2008 führten die 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere 8.061 Veranstaltungen mit 199.227 TeilnehmerInnen durch, von denen 175.450 Jugendliche waren. Die meisten Veranstaltungen waren Vorträge zu Themen wie „Der Soldat als Staatsbürger in Uniform“ oder „Auslandseinsätze der Bundeswehr“. 360 Simulationen des POL&IS-Spiels mit rund 17.500 SchülerInnen, LehrerInnen sowie StudentInnen und ReferendarInnen wurden an mehr als 2.000 Seminartagen durchgeführt. 2008 wurden außerdem 647 „Besuche bei der Truppe“ registriert, an denen 19.500 Zivilisten teilnahmen. Die Jugendoffiziere führten in dem Zeitraum zudem über 500 Seminarfahrten mit Jugendlichen (meist Schulklassen) nach Brüssel, Straßburg, Wien, Berlin oder Stettin durch. In 1.376 Seminartagen konnten sich über 15.500 TeilnehmerInnen sicherheits- und verteidigungspolitisch aus dem Blickwinkel der Bundeswehr weiterbilden. An 69 Podiumsdiskussionen nahmen Jugendoffiziere 2008 teil. 311 Großveranstaltungen – beispielsweise Messen oder Tage der offenen (Kasernen-)Tür – haben Jugendoffiziere zudem im Jahr 2008 begleitet. Jugendoffiziere sind zwar keine WehrdienstberaterInnen, aber sie weisen den SchülerInnen den Weg dorthin: Sie geben Adressen heraus und werben für den Dienst bei der Bundeswehr.

Unterrichtsmaterial und Deutungshoheit

Die Bundeswehr geht aber nicht nur selbst in Schulen sondern hat auch Unterrichtsmaterialien im Repertoire: Die unverdächtige von einer Stiftung getragene „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.“ ist für kostenlose Schulhefte mit dem Titel „Frieden & Sicherheit“ verantwortlich. Bei näherer Betrachtung stellt sich die als „unabhängig und gemeinnützig“ bezeichnenden Arbeitsgemeinschaft als neoliberale Denkfabrik heraus: Als „Partnerverlag“ gibt sie den Universum Verlag an, der zur Hälfte der FDP gehört. Der Sitz

der Arbeitsgemeinschaft befindet sich im Haus der FDP-Bundespartei im Berliner-Regierungsviertel. „Frieden & Sicherheit“ besteht aus einem beinahe jährlich erscheinendem Schülermagazin samt Lehrerheft, einem monatlichen Arbeitsblatt und einer Website. Die Unterrichtsmaterialien sind für junge Leute ansprechend gelayoutet und perfekt zum Einsatz in der Schule aufbereitet: es werden Aufgaben gestellt, die von den SchülerInnen bearbeitet werden müssen, dazu gibt es Lösungshefte für die LehrerInnen.

Das Schülermagazin geht in der Debatte um die Deutungshoheit des Begriffs „Frieden“ in die Offensive, was sich schon am Titel des Magazins zeigt. Den Jugendlichen soll beigebracht werden, dass nur das Militär einen stabilen Frieden schaffen kann. Zwar wird der diplomatische Weg nicht vollkommen übergangen, die Vereinten Nationen werden aber beispielsweise als zahnloser Tiger dargestellt. Die Materialien wurden offensichtlich von Pädagogik-ExpertInnen erstellt: Inhalte werden unauffällig und geschickt vermittelt. Ansatzpunkte für Kritik an den Texten finden sich nur schwierig.

Finanziert werden die „Frieden & Sicherheit“-Materialien von der Bundesregierung. 2007 sind von den Schulen mehr als 325.000 Schüler- und über 16.000 Lehrerhefte für den Unterricht bestellt worden. Besonders für faule oder unter Zeitmangel leidende LehrerInnen bietet sich der Einsatz der Materialien an: die zeitaufwendige Unterrichtsvorbereitung fällt weg.

Spielen und Krieg

Seit 1989 führen Jugendoffiziere das Simulations-Brettspiel POL&IS – Politik & internationale Sicherheit – durch. Grundlage des Simulationsspiels bildet ein großes Spielbrett, auf der eine Weltkarte zu sehen ist. Die Kontinente und Länder sind dabei zu elf verschiedenen Regionen zusammengefasst, welchen spezifische Eigenschaften zugeteilt wurden, die die reale Welt widerspiegeln sollen: Energie- und Rohstoffvorkommen, militärische Fähigkeiten, Industrie- und Agrarsektor sowie Bevölkerungszahl. Die TeilnehmerInnen – zwischen 37 und 55 SpielerInnen werden benötigt – schlüpfen in verschiedene Rollen: Regierungschef, Staatsminister (für das Militär zuständig), Wirtschaftsminister, Oppositionsführer, UN-Generalsekretär, Weltbank, Weltpresse und Nichtregierungsorganisationen (beispielsweise Greenpeace oder Amnesty International). Der/Die SpielleiterIn, sprich Jugendoffizier, kann das Geschehen durch so genannte Spielbausteine steuern und lenken. Dabei werden gezielt Konflikte zwischen Staaten hervorgerufen und den Spielern zahlreiche militärische Mittel angeboten: beispielsweise strategische Raketenverbände und Bombergeschwader, Atom-U-Bootflottillen und sogar atomare und chemische Waffen. Das Spiel dauert zwischen zwei und fünf Tagen und wird in Schulen oder Kasernen gespielt. Das Strategiespiel POL&IS soll den SchülerInnen die Floschen der Friedensbewegung aus dem Kopf treiben und sie mit der Realität und Alternativlosigkeit des Krieges vertraut machen.

Kongresse und Schülerzeitungen

Die Bundeswehr hat mittlerweile über 100 Jugendpressekongresse durchgeführt, bei der jeweils rund 130 SchülerzeitungsredakteurInnen in eine Bundeswehr-Kaserne eingeladen werden um dort einen Artikel über die Armee zu verfassen. Un-

Wichtiges Argument: Beutelsbacher-Konsens

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr tragen zur politischen Bildung von Schülerinnen und Schülern bei. Daher sind sie an die 1976 festgelegten Minimalbedingungen für politische Bildung, den so genannten Beutelsbacher-Konsens, gebunden. Der Konsens soll den jungen SchülerInnen die Chance auf eigene Meinungsbildung ermöglichen und besteht aus drei Grundprinzipien:

- 1. Überwältigungsverbot:** Es ist nicht erlaubt, den SchülerInnen – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern.
- 2. Kontroversitätsgebot:** Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs Engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur gezielten, unterbewussten Beeinflussung beschränkt.
- 3. Analysefähigkeit:** Die SchülerInnen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlagen zu untersuchen, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Dieser Konsens wird von Jugendoffizieren nicht eingehalten: FriedensaktivistInnen werden zu Schulveranstaltungen der Bundeswehr fast nie eingeladen und natürlich stellen die Bundeswehr-Offiziere nur ihre militärische Sicht der Dinge dar. Kontroversität gibt es im Bundeswehr-Unterricht nicht.

Lena Zirkel

terstützt werden sie dabei von professionellen JournalistInnen, als AnsprechpartnerInnen stehen die SoldatInnen der Bundeswehr zur Verfügung. Die einseitigen Artikel werden später in den Schülerzeitungen abgedruckt und der gegenüber der Armee unkritische Inhalt kommt unauffällig an die MitschülerInnen.

Auch Werbung schaltet die Bundeswehr in Jugendmedien: In über 170 Schülerzeitungen fanden sich 2008 Werbeanzeigen der Bundeswehr. 2005 waren es noch knapp über 150. Auch in der größten deutschen Schülerzeitung, dem SPIESSER, mit einer Auflage von einer Million Exemplaren, hat die Bundeswehr bereits Anzeigen geschaltet. Massive Bundeswehr-Werbung findet sich ebenfalls in Medien für Schüler, die kurz vorm Abitur stehen und oft noch nicht wissen, was sie danach machen wollen: sie sollen für den Dienst an der Waffe gewonnen werden.

Bundeswehr und Schule

Die deutsche Armee hat mittlerweile zahlreiche Wege gefunden in die Klassenzimmer zu gelangen: Kooperationsvereinbarungen, Jugendoffiziers-Vorträge, Schulmaterialien, das POL&IS-Spiel, Schülerzeitungen... Doch wächst auch die Kritik an den Militäreinsätzen in zivilen Bildungseinrichtungen. Die Demonstration in Freiburg war nur der Anfang. Auch SchülerInnenvertretungen, Elterninitiativen und LehrerInnen – darunter die große Lehrgewerkschaft GEW – wehren sich gegen die Militarisierung der Schulen. Die Bundeswehr wird es bei der Militarisierung der Schulen in nächster Zeit nicht mehr so einfach haben wie noch vor wenigen Jahren, oder wie es auf der Demonstration in Freiburg klang: „Niemand-nie gibt's Pausenbiere – für die Jugend-Offiziere!“

Michael Schulze von Gläßer

Michi ist utopia-Redakteur und Beirat der Informationsstelle Militarisation e.V., bei der im Januar seine lange Studie „Die Eroberung der Schulen“ zu Bundeswehr an Schulen erschienen ist (www.imi-online.de).

Keine Anzeige

Im September 2009 wurde das Ehrenmal der Bundeswehr am Berliner Sitz des Kriegsministeriums eingeweiht. In dem Bau werden für jeweils etwa fünf Sekunden die Namen der über 3.100 im Dienst ums Leben gekommenen Bundeswehr-Angehörigen seit Bestehen der Armee an die Wand projiziert. Mit dem Ehrenmal soll ein neuer Heldenkult um getötete deutsche Soldaten aufgebaut werden. Es lohnt sich nicht, für die Nation zu sterben! Geht nicht zur Armee! - Diese Anzeige ist ein Fake! - Fotos: Bundeswehr

Parteiprogramm im TV

Als Ende 2009 der CDU-domierte ZDF-Verwaltungsrat beschloss, den Vertrag von ZDF-Chefredakteur Nicolaus Brender nicht zu verlängern, war die Empörung groß. Dabei kann man sich eigentlich über den Beschluss freuen: Er brachte an die Öffentlichkeit, was ansonsten hinter verschlossenen Türen passiert: Die Einflussnahme von Politikerinnen und Politikern auf Medien.

Medien: Die vierte Gewalt

Die Macht der Medien ist riesig. Nicht umsonst werden sie als vierte Gewalt (neben den Parlamenten, Regierungen und Gerichten) im Staat bezeichnet. Diese Macht birgt die Gefahr, von ihre Inhaberinnen und Inhabern missbraucht zu werden. Beispiele sind Diktaturen, wie in China, wo die Medien vom Staat kontrolliert werden und regierungskritische Stimmen unterdrückt werden. Auf der anderen Seite sind Medien notwendiger Bestandteil für demokratische Gesellschaften. Sie können politische Vorgänge nachvollziehbar machen, Kritik üben, verschiedene Meinungen zu Wort kommen lassen und eine Meinungsbildung in der Bevölkerung ermöglichen. Dafür müssen sie jedoch unabhängig vom Staat sein.

Pressefreiheit?

Aus diesen Gründen haben die Medien in Deutschland weitgehende Freiheiten: Medienerzeugnisse werden nicht vor der Veröffentlichung durch staatliche Stellen kontrolliert, Redaktionsräume dürfen nur in Ausnahmefällen durchsucht werden und Journalistinnen und Journalisten müssen vor Gericht nicht die Quellen ihrer Informationen nennen. Allerdings stößt die Pressefreiheit in Deutschland an ihre Grenzen: Dazu gehören unter anderem Persönlichkeitsrechte, Jugendschutzbestimmungen, das Verbot von Gewaltverherrlichung oder Volksverhetzung aber auch der Staatsschutz: So ist Werbung für „staatsfeindliche“ Organisati-

onen und Bestrebungen sowie die „Verunglimpfung“ des Staates und seiner Symbole untersagt.

Verdeckte Einflussnahme

Die Politik und die Regierungen nehmen aber auch auf andere Art und Weise Einfluss auf Medien. Sie halten Anteile an Verlagen (der SPD gehören beispielsweise Teile der *Frankfurter Rundschau*) und versuchen mit Methoden der „Public Relations“ (zum Beispiel Pressemitteilungen und -konferenzen) die Berichterstattung in ihrem Interesse zu beeinflussen. Das ist vor allem problematisch, weil Journalistinnen und Journalisten diese Informationen oft unkritisch übernehmen anstatt selber zu recherchieren und Parteien sowie Regierungsstellen – ähnlich wie Konzerne – meistens mehr Mittel für aufwendige Pressearbeit haben als beispielsweise kleine BürgerInneninitiativen. Zudem kommt es vor, dass Politikerinnen und Politiker Informationen, die sie durch ihren Job bekommen, gegen „positive“ Berichterstattung „tauschen“.

Sonderfall Rundfunk

Eine Sonderrolle kommt in Deutschland dem Rundfunk zu. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte man den Rundfunk nicht dem „freien Markt“ überlassen, weil man befürchtete er könne so keine Vielfalt in Form von unterschiedlichen Themen und Positionen sicherstellen. Man entschied sich den „öffentlich-rechtlichen“ Rundfunk einzurichten, der sowohl vom Staat als auch von kommerziellen Interessen unabhängig sein soll.

Gesellschaftliche Kontrolle?

Aus diesem Grund ist Rundfunk zum Teil von gesellschaftlichen Akteuren kontrolliert. In den Rundfunkräten (beim ZDF: „Fernsehrat“), die die Programmgestaltung kontrollieren sollen und den Verwaltungsrat wählen, sitzen Vertreterinnen und Vertreter von „relevanten“ gesellschaftlichen Grup-



„Gekochte“ Mainzelmännchen. Der hessische Ministerpräsident übernimmt den ZDF. Bild: campact

pen, wie den Kirchen, Gewerkschaften, UnternehmerInnenverbänden oder Umweltorganisationen. Aber auch die Parteien sind vertreten und im ZDF-Fernsehrat sitzen sogar Vertreterinnen und Vertreter von Bundes- und Landesregierungen. Die Vertreterinnen und Vertreter der „Gesellschaft“ sind jedoch auch nicht komplett unabhängig von der Politik. Die Politik entscheidet über die Zusammensetzung der Rundfunkräte, also auch darüber welche Gruppen als „relevant“ gelten. Beim ZDF dürfen sogar die Ministerpräsidenten und die Ministerpräsidentin (es gibt nur eine) aus drei Personalvorschlägen, die die Verbände machen müssen, auswählen. Darüber hinaus versuchen Politikerinnen und Politiker sich Freundeskreise aufzubauen. So werden aus dem 14-köpfigen ZDF-Verwaltungsrat sieben Mitglieder der CDU zugeordnet, fünf der SPD. Nur zwei Mitglieder gelten als wirklich unabhängig – und das, obwohl die gesellschaftlichen Gruppen acht Mitglieder entsenden.

Der „Fall Brender“

Das zeigte sich am 27. November 2009: Der ZDF-Verwaltungsrat beschloss, den Vertrag des damaligen Chefredakteurs Nicolaus Brender nicht zu

verlängern. CDU-Politiker, allen voran der hessische Ministerpräsident Roland Koch, begründeten das mit den mangelhaften Einschaltquoten des ZDF. Kritikerinnen und Kritiker hielten das Argument für nicht stichhaltig – schließlich seien hohe Quoten nicht das einzige Ziel der öffentlich-rechtlichen Sender – und vermuteten zudem eine politische Motivation: Brender war dafür bekannt gewesen, Einflussnahme von Politikerinnen und Politikern abzublocken. Trotz aller Proteste musste Brender gehen. Immerhin ist nun eine Diskussion über die Staatsferne vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk entfacht. SPD-Politiker fordern eine Reform des ZDF, die die Macht der Politik beschneidet. Dem Aktionsnetzwerk „campact!“ geht das nicht weit genug. Es fordert eine Überprüfung der momentanen Zusammensetzung durch das Verfassungsgericht. Dazu müsste eine Landesregierung oder ein Viertel der Bundestagsabgeordneten Klage einreichen. Damit die Staatsferne der Öffentlich-Rechtlichen nicht nur auf dem Papier existiert.

David W.

Mehr Infos: www.campact.de

Radio und Fernsehen? Gibt's auch für uns!

Fünf Formen von nichtkommerziellem Rundfunk

Sicher kennt ihr das: Im Fernsehen läuft mal wieder nur Mist und im Radio gibt auch nichts für Leute, die sich nicht der Massenverdummung hingeben wollen und deren Musikgeschmack nicht gerade Pop ist. Doch es gibt eine Lösung: Nichtkommerzielle elektronische Medien!

Neben öffentlich-rechtlichen und kommerziell-privaten Sendern bilden sie die „dritte Säule“ unseres Rundfunksystems. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass grundsätzlich jedeR Interessierte mitmachen kann, also eigene Sendungen produzieren und verbreiten darf. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung. Außerdem sind Träger von nichtkommerziellen elektronischen Medien in der Lage, Medienkompetenz zu vermitteln, also Laien technische und journalistische Kenntnisse mit auf den Weg zu geben und ihnen nahe zu legen, die Wirkungen von Medien auf ihr Publikum zu hinterfragen. Des weiteren sind solche Sendungen bürgernah, denn die meisten von ihnen behandeln überwiegend Themen aus dem Umfeld der MacherInnen. Viele dieser Themen werden in Massenmedien gar nicht publik gemacht oder aber aus einer anderen Perspektive gezeigt. Und - wie der Name schon sagt - sie sind alle nicht auf finanziellen Profit aus. Doch neben all diesen Gemeinsamkeiten bestehen auch einige Unterschiede. So gibt es nicht nur eine, sondern - von Mischformen einmal abgesehen - gleich fünf Alternativen zu kommerziellem Radio und Fernsehen.

Freie Radios

Bei Freien Radios handelt es sich um selbstorganisierte und unabhängige Lokalradios, die sich größtenteils aus Eigenmitteln und Spenden finanzieren. Dazu bekommen viele von ihnen

Zuschüsse von der Landesmedienanstalt (LMA) des jeweiligen Bundeslandes. Wie jeder andere Rundfunkveranstalter brauchen auch Freie Radios eine Zulassung der zuständigen LMA. Landesmedienanstalten finanzieren sich hauptsächlich aus Rundfunkgebühren der GEZ.

Im deutschsprachigen Raum gibt es Zusammenschlüsse, die die Interessen der Freien Radios vertreten und ihre Zusammenarbeit untereinander fördern. In der Schweiz heißt er UNIKOM (Union nicht-kommerzorientierter Lokalradios), in Österreich VFRÖ (Verband Freier Radios Österreich) und in Deutschland BFR (Bundesverband Freier Radios), sowie OHR und AFF als Landesverbände in Hessen und Baden-Württemberg. Der BFR hat im Internet eine Plattform eingerichtet, auf der man Beiträge aus Freien Radios hören und zwecks Weiterverbreitung untereinander tauschen kann. Die kommerzielle Verbreitung ist dabei natürlich nicht erlaubt. Hört rein unter www.freie-radios.net.

Offene Kanäle

Offene Kanäle (OK) sind nicht ganz so offen wie ihr Name vermuten lässt. In einigen Bundesländern kann man nur mitmachen, wenn man dort seinen Wohnsitz hat, bei manchen Offenen Kanälen dürfen sogar nur BewohnerInnen ihres meist kleinen Sendegebietes produzieren und senden. Zudem hat nicht jedeR einen Offenen Kanal in der Nähe, denn in manchen Bundesländern gibt es gar keine. Die meisten Offenen Kanäle sind eingetragene Vereine, doch in einigen Ländern sind sie Einrichtungen der Landesmedienanstalten. Offene Kanäle finanzieren sich durch Unterstützung der zuständigen LMA, durch örtliche Trägervereine, manche erhalten auch einen kleinen Anteil direkt aus den Rundfunkgebühren. Zudem können sie geringe Beiträge von ihren NutzerInnen ein-



Zeichnung: Drooker

nehmen, zum Beispiel für Technikausleihe oder Kurse, wie etwa Fortbildungen zur Erlangung von Medienkompetenz.

Bürgerfunk

Bürgerfunk gibt es in Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In den beiden erstgenannten Bundesländern gab es bis April 2008 bzw. April 2002 sowohl Offene Kanäle als auch Bürgerfunk, bis man feststellte, dass sich sowohl Inhalte als auch Intentionen glichen und die beiden Formen von Fernsehen und Radio unter dem Titel Bürgerfunk zusammenlegte.

In NRW ist das etwas anders. Dort gab es auch die Offene Kanäle und Bürgerfunk nebeneinander,

allerdings waren Offene Kanäle, die es seit Ende 2009 in NRW nicht mehr gibt, Fernsehsender, während Bürgerfunk nur Radiosendungen meint.

Im Vergleich zu den Offenen Kanälen in NRW hat der Bürgerfunk weit weniger Unabhängigkeit: Er hat seine Sendeplätze zu bestimmten Zeiten auf kommerziellen Lokalsendern! Diese checken die eingereichten Beiträge der BürgerfunkerInnen drei Tage vor der Ausstrahlung und können sie sogar - wenn bestimmte Bedingungen nicht erfüllt sind - ablehnen.

Aus- und Fortbildungskanäle

In manchen Bundesländern gibt es sogenannte Aus- und Fortbildungskanäle. Sie werden von einigen Landesmedienanstalten zusammen mit Organisationen und Medienunternehmen getragen. Das oberste Ziel ist die Ausbildung des journalistischen Nachwuchses. In Nordrhein-Westfalen z.B. gibt es seit 2009 den Lernsender NRW. Bürgergruppen, Medienazubis und StudentInnen bestimmter Fachbereiche können ihre Sendungen dort über Kabel digital ausstrahlen. Der Sender soll die in NRW abgeschafften Offenen Kanäle ersetzen.

Campusradio

Nicht jede Uni hat eins, und wenn sie eins hat, heißt das nicht, dass sie es finanziert. Doch die meisten Campusradios werden von ihrer Hochschule getragen. Einige haben sich als Verein formiert und sind finanziell unabhängig von der Uni.

Egal ob ihr mitmachen oder lieber zuhören und zuschauen möchtet: Bestimmt gibt es auch in eurer Umgebung tolle Alternativen zum Komsumfunk.

Kristina Beckmann

„Interessen von Tieren bleiben außen vor“

Kampagne gegen Milchtierhaltung gestartet

Am 16. Januar demonstrierten AktivistInnen anlässlich der Grünen Woche und des Internationalen Agrarministertreffens in Berlin gegen Milchtierhaltung. Die Aktion war Auftakt der Kampagne „Ausgemolken“, die von den Gruppen „Nandu“ und „Tierfreunde e.V.“ ins Leben gerufen wurde. *utopia* sprach mit Erasmus von Nandu.

utopia: Ihr sprecht euch gegen jegliche Milchtierhaltung aus. Gibt es nicht auch glückliche Kühe?

Erasmus: Wir kritisieren generell, dass Menschen Tiere als Ware, Gegenstand oder Maschine behandeln. Es gibt natürlich Unterschiede in der Haltung von Kühen, aber die meisten Probleme sind bei allen Milchherstellern gleich: Die Tiere werden zunächst künstlich geschwängert. Nach der Geburt werden ihnen die Kälber weggenommen, die gemästet und zu Fleisch-Produkten verarbeitet werden. Die Milchkühe werden an Melkmaschinen angeschlossen. Wenn die Tiere keine Milch mehr geben, werden sie neu geschwängert und so weiter. Das ganze läuft ungefähr drei bis fünf Jahre. Danach werden die Tiere geschlachtet, weil sie nicht mehr genug Milch geben, also unprofitabel werden. Eigentlich haben sie eine Lebenserwartung von 20 Jahren. Dazu kommt, dass ein Großteil der Nutztiere in Verhältnissen lebt, bei denen jeder sagen würde, dass sie überhaupt nicht Ok sind. Sie stehen meist auf engstem Raum in ihrer eigenen Scheiße, haben Euter-Entzündungen, offene Wunden und Krankheiten.

Wenn man Kühe nicht mehr melken würde, wären ihre Euter überlastet.

Das stimmt. Die Kühe, die wir kennen, geben mehr Milch als ihre Kälber trinken können. Daher sind sie in der Natur auch nicht überlebensfähig. Das liegt allerdings daran, dass die Kühe von Menschen so gezüchtet wurden, dass sie möglichst viel Milch geben.

Es heißt, Milch sei gesund...

Ja, das haben uns Milchindustrie und Staat jahrzehntelang mit viel Werbung eingeredet. Dadurch hat die Milch ein makellos weißes Image bekommen. Milchkonsum wurde als etwas Tolles, Gesundes und Notwendiges dargestellt. In Wirklichkeit ist Milch erstmal etwas für Kinder, und zwar für Kinder der eigenen Spezies. Erwachsene brauchen Milch nicht. Im Gegenteil: Milchkonsum wird bei vielen Erwachsenen mit Krankheiten wie Akne, Neurodermitis oder der Knochenkrankheit Osteoporose in Verbindung gebracht.

Was hat Milchherstellung mit Umweltverschmutzungen zu tun?

Aktuell ist viel von Klimawandel die Rede. Da spielt die Tierhaltung eine wichtige Rolle. Kühe geben zum Beispiel als Wiederkäuer Methan ab, ein sehr starkes Treibhausgas. Das ist bei Rindern normal. Problematisch ist, dass die Menschen so wahnsinnig viele Tiere zu ihrem Nutzen halten.

Dabei spielt der Milchkonsum eine zentrale Rolle. Die Herstellung von einem Liter Milch hat in etwa die gleiche Klimawirkung wie eine Autofahrt über sieben Kilometer. Bei Butter ist das Verhältnis noch krasser: 250 Gramm Butter entsprechen in der Klimabilanz einer 40 Kilometer langen Autofahrt. Tierhaltung trägt zudem zu anderen Umweltzerstörungen wie Wasserverschmutzung und Artenschwund bei. Das zeigte die UN-Studie „Livestock's Long Shadow“.

Was wollt ihr mit eurer Kampagne erreichen?

Zunächst wollen wir Leute für das Thema sensibilisieren und über die Folgen des Milchkonsums aufklären. Mittelfristig erhoffen wir uns dadurch, dass weniger Milch konsumiert wird. Aber beim individuellen Konsum kann es wie immer nicht aufhören. Wir müssen uns auch in diesem Bereich als Gesellschaft fragen, was es bedeutet, alles und jedes zu Waren und Maschinen zu machen.

Was für Aktionen sind geplant?

Die Kampagne hat gerade erst angefangen. Wir sind dabei, Aktionsmaterial zu erstellen und arbeiten noch an der Homepage ausgemolken.net, auf der bald auch Anregungen für Aktionen zu finden sein werden. Die Kampagne soll dezentral stattfinden: Wir hoffen, dass sich viele Gruppen aus dem Tierrechtsbereich aber auch aus anderen emanzipatorischen Bewegungen der Kampagne anschließen und eigene Aktionen starten. In Berlin wollen wir zum Beispiel am 18. oder 19. März eine Aktion anlässlich des Berliner Milchforums durchführen. Das Milchforum wird unter anderem vom Deutschen



Ein Flyer der Kampagne „Ausgemolken“.

Bauernverband und dem Milchindustrie-Verband veranstaltet. Dementsprechend bleiben die Interessen von Tieren und vielen Menschen außen vor. Wir wollen bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion vor dem Konferenzgebäude diese Interessen berücksichtigen.

Eine letzte Frage: Sehnst du dich nicht manchmal nach einer schönen Käse-Pizza?

Bei guter veganer Pizza vermisst ich nichts, aber bei Auflauf mit Hefeschmelz fehlt mir manchmal die knackige Kruste. Nur fehlt mir bei Auflauf mit Kuhkäse leider viel mehr: Das richtige ethische Verhältnis zwischen meinem Geschmacksluxus und den existenziellen Bedürfnissen der Rinder. Und für andere Milchprodukte haben insbesondere Bio-Hersteller Alternativen entwickelt, die oft schon jetzt die herkömmlichen Milchprodukte in Auswahlmöglichkeiten und Geschmack übertreffen.

Interview: David W.

Mehr Infos: www.ausgemolken.net,
www.nandu.net

Massive Repression gegen TierrechtlerInnen

Paragraph 278a-Prozesse in Österreich starten im März.

Am 2. März beginnt am Landgericht Wiener Neustadt ein noch nie da gewesener Prozessmarathon: Angeklagt sind zehn Tierrechtsaktivist_innen den die „Bildung einer kriminellen Organisation“ nach Paragraph 278a StGB vorgeworfen wird. Diese konstruierte Organisation soll für alle legalen und illegalen Aktionen mit Tierrechtsbezug seit den 1980er Jahren in Österreich verantwortlich gemacht werden.

Am 21. Mai 2008 stürmen Spezialeinheiten der Polizei in den frühen Morgenstunden mindestens 23 Wohnungen bzw. Vereinslokale in Wien und anderen Orten in Österreich. Nach den Hausdurchsuchungen kommen zehn Tierrechtsaktivist_innen in Untersuchungshaft und werden erst nach über 3 1/2 Monaten wieder frei gelassen.

Die Aktivist_innen sollen z.B. durch Anti-Pelz-Kampagnen mit legalen Protesten und zivilen Ungehorsam gewinnorientierte Unternehmen ge-

nötigt haben, aus dem Pelzverkauf auszusteigen. Konkrete Straftaten sollen fast ausschließlich von „unbekannten Mittätern“ verübt worden sein. Trotzdem werden alle angeblichen Mitglieder der „kriminellen Organisation“ angeklagt. Damit wird jeglicher politischer Protest kriminalisierbar. Der Überwachung politischer Bewegungen wird Tür und Tor geöffnet.

Mit einem Blick auf die Ermittlungs- und Überwachungsmaßnahmen wird die Absurdität und Unverhältnismäßigkeit im aktuellen Fall deutlich. In den Monaten vor ihrer Verhaftungen waren die Aktivist_innen einer fast lückenlosen Überwachung ausgesetzt. Die Beschattungen reichten von Telefonüberwachungen, Personenobservationen und Kameras im Eingangsbereich, über Kontenöffnung, Stimmuntersuchungen und heimliche DNA-Proben bis hin zu Peilsendern an zwei Fahrzeugen und einem Großen Lausangriff. In der Wohnung einer betroffenen Person wurden

Mikrophone installiert. Rund um die Uhr wurde das Zuhause audioüberwacht.

Die unverhältnismäßigen Befugnisse, die mit dem Paragraphen 278 verbunden sind, ermöglichen den Ermittlungsbehörden verdachtsunabhängig die völlige Durchleuchtung politischer Bewegungen und sozialer Zusammenhänge.

Die nun anstehenden Verhandlungen sind für vier Monate anberaumt, an drei Tagen pro Woche soll verhandelt werden, 120 Zeug_innen sind geladen. Ersten Schätzungen zufolge werden sich die Kosten für die Angeklagten auf mehreren 10.000 Euro pro Person belaufen. Neben erheblichen Kosten für die Anwälte kommen hohe Fahrtkosten auf die Betroffenen zu. Einem Antrag, die Verhandlungen von Wiener Neustadt ins gut 50 Kilometer entfernte Wien zu verlegen, wurde nicht stattgegeben.

Der bevorstehende Prozess bedeutet nicht nur für die Betroffenen eine immense finanzielle und psychische Belastung. Durch die Dauer und den Umfang des Prozesses wird es für sie kaum mehr möglich sein, ein geregeltes Leben zu führen. Darüber hinaus werden erstmals politische Aktivist_innen

in Österreich bis zur letzten Konsequenz mit einem Organisationsparagraphen vor Gericht gezerrt. Es wird von den staatlichen Repressionsorganen eine abschreckende Wirkung auf linke, selbstorganisierte Aktivist_innen erwartet. Zuvor wurde der Paragraph 278 fast ausschließlich rassistisch motiviert gegen Migrant_innen angewandt.

Sollten die Betroffenen verurteilt werden, dürfte das nur der Startschuss für weitere Kriminalisierungsversuche von fortschrittlichen sozialen Bewegungen in Österreich sein.

Zeitgleich zum Prozessbeginn am 2. März ruft die Tierrechtsbewegung zum globalen Aktionstag vor Österreichischen Botschaften auf.

Denise

Mehr Infos: www.antirep2008.tk
Spendenkonto in Deutschland
Kontoinhaberin: Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 191100462
Bankleitzahl: 44010046 Postbank Dortmund
Verwendungszweck: §278a

Reclaim the media!

LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW

Feindbild Nr. 1 nordrhein-westfälischer Neonazis und das schon seit 10 Jahren: Lotta (aus dem italienischen, zu Deutsch „Kampf“) ist eine antifaschistische Zeitung aus NRW. Seit 1993 – damals noch unter dem Namen „Antifaschistische NRW-Zeitung“ – liefert das Blatt ausführliche Informationen über die Neonazi-Szene im bevölkerungsreichsten Bundesland und weit darüber hinaus. Themen, die in der Lotta behandelt werden, sind im deutschen Pressesdchungel sonst nicht zu finden: Wo liest man schon etwas über den Versuch deutscher Neonazis sich als Tierschützer darzustellen? Die Lotta bietet exklusive Artikel gespickt mit Insiderwissen.

Das hat ihren Preis: Nicht nur Neonazis wollen das basisdemokratische Zeitungs-Projekt beendet wissen, auch der deutsche Inlandsgeheimdienst stört

sich an der Lotta – diese sei „linksextrem“ und verstoße gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, so der Verfassungsschutz. Stimmt nicht, urteilte das Verwaltungsgericht Düsseldorf im Sommer 2009. In einer Pressemitteilung äußerte sich Lotta-Pressesprecherin Britta Kremers damals: „Ziel des Verfassungsschutzes ist offenkundig, den Begriff und die historische Tradition des Antifaschismus unter extremismustheoretischen Generalverdacht zu stellen: Antifaschismus = Linksextremismus = Demokratiefeindlichkeit, so die ebenso falsche wie ideologisch motivierte Zuschreibung. Damit sollen Projekte wie die antifaschistische Zeitschrift Lotta ins politische und gesellschaftliche Abseits gedrängt und ihnen der Einsatz für demokratische Errun-

genchaften abgesprochen werden“. Die Lotta entkam der staatlichen Verleumdung.



Die antifaschistische Zeitung wird also auch weiterhin alle drei Monate auf 60 Seiten brisante Informationen über deutsche Neonazi-Strukturen liefern. Ein Themenschwerpunkt pro Ausgabe und ein tolles Layout komplettieren die Lotta: Ein Muss für jedeN AntifaschistIn!

Die utopia-Redaktion gratuliert zum 10-Jährigen Lotta-Jubiläum – macht weiter mit eurer tollen Arbeit!

Maren W. & Lena Zirkel

Wo ihr die Zeitung beziehen könnt, erfahrt ihr auf der **LOTTA-Website**:
<http://projekte.free.de/lotta/>

termine

18.02.-19.04.2010, Berlin: Veranstaltungsreihe über Agrarpolitik von Oben und Widerstand von Unten, globale-landwirtschaft.net
05.-06.03.2010, Solingen: Eine-Welt-Konferenz NRW, eine-welt-netz-nrw.de
08.03.2010, weltweit: Internationaler Frauentag
10.-14.03.2010, Berlin: Linke Medienakademie, lima-akademie.de
11.-14.03.2010, Wien: Gegengipfel und Proteste zum Bologna-Gipfel, bolognaburns.org
13.03.2010, Frankfurt: Demonstration: Frankfurt pelzfrei, fuf.tirm.de
13.-14.03.2010, Kassel: Konferenz „Ökologie und Sozialismus“, bildungsgemeinschaft-salz.de
18.-19.03.2010, Berlin: Aktionen zum Milchforum, ausgemolken.net
19.-21.03.2010, Ahaus: Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung, kein-castor-nach-ahaus.de
19.-21.03.2010, Essen: Kongress „Unsere Zukunft atomwaffenfrei“, friedenskultur2010.de
19.-21.03.2010, bundesweit: meatout 2010 – Aktionstage gegen Fleisch, meatout.de
20.03.2010, Essen: Demonstration: Wir zahlen nicht für eure Krise!, krisendemo-nrw.de
21.-27.03.2010, Gelsenkirchen: Offene Akademie, offene-akademie.org
26.03.2010, 20h, Freiburg, „Anarchie! Horst Stowasser und das Projekt Anarchismus“, Referent: Bernd Drücke (GWR), <http://www.graswurzel.net/347/>
27.03.2010, bundesweit: Dezentraler Aktionstag gegen Atomkonzerne
27.-28.03.2010, Duisburg: pro NRW und NPD stoppen!, <http://maerzdu.blogspot.de>
30.03.2010, 20h, Hannover: Redestruktur und Entscheidungsfindung. Methoden gleichberechtigten Redehaltens und basisdemokratischer Entscheidungsfindung, <http://www.fau.org/hannover>
03.04.2010, 16h, Dortmund: Antifaschistische Thomas-Schulz-Gedenkdemonstration, antifaunion.blogspot.de
17.04.2010, Gent (Belgien): 9. Internationale alternative Buchmesse, aboekenbeurs.be
19.-23.04.2010, NRW: Aktionswoche: Wähl deine Bildungsperspektive, bildungsperspektive-nrw.de
24.04.2010, zwischen Krümmel und Brunsbüttel: Anti-Atom-Menschenkette, ausgestrahlt.de
24.04.2010, ab 10h, Frankfurt: Aktionstag und Demo gegen Tierversuche, tierversuche.tirm.de
24.04.2010, 12.30h, Ahaus: Zentrale NRW-Atomausstiegsdemo, kein-castor-nach-ahaus.de
24.04.2010, weltweit: Aktionen zum Geburtstag von Mumia Abu-Jamal, mumia-hoerbuch.de
13.-16.05.2010, Tübingen: BUKO 33, buko.info/blog33
15.-16.05.2010, Biel-Bienne (Schweiz): Anarchistische Buchmesse, arachnia.ch/Buchmesse2010
31.05.-11.06.2010, Bonn: Proteste bei UN-Klima-Zwischenverhandlungen, gerechter-welthandel.de
04.-06.06.2010, Jena: Karawane-Festival für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, thecaravan.org
09.06.2010, bundesweit: Dezentrale Demonstrationen im Rahmen des Bildungsstreiks 2010, bildungsstreik.net
17.07.2010, Stuttgart: Veggie Street Day, veggie-street-day.de
14.08.2010, Dortmund: Veggie Street Day, veggie-street-day.de
03.-05.09.2010, Oberhausen: 1. Libertäre Medienmesse, libertaere-medienmesse.de

impresum

Utopia Nr. 15

utopia herrschaftslos – gewaltfrei,

Nr. 15 Frühling 2010

www.jugendzeitung.net

www.myspace.com/jugendzeitung

Layout: BRIB

Auflage: 25.000.

redaktion@jugendzeitung.net,



utopia wird von Jugendlichen für Jugendliche gemacht. Sie erscheint alle drei Monate, separat und als Beilage der Monatszeitung Graswurzelrevolution. utopia kann und soll kostenlos z.B. auf Demos, in Schulen, Unis, Jugendtreffs usw. verteilt werden. Die utopia ist auf Spenden angewiesen. Kontodaten und Einzugsermächtigungen auf www.jugendzeitung.net/spenden
 Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. Redaktion Graswurzelrevolution: Breul 43, 48143 Münster, Tel. 0251/48290-57, Fax: -32, redaktion@graswurzel.net. GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 Str. 24, D-53947 Nettersheim. Verantwortlich sind im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies: Michael Schulze von Glaßer, c/o GWR-Red. Münster. www.graswurzel.net

utopia ist eine Zeitung zum Mitmachen. Bei uns können junge Menschen Artikel schreiben über Themen, die sie interessieren. Bei uns kannst du dein Schreibtalent unter Beweis stellen, nette Menschen kennen lernen, dich am Layout beteiligen, deine Ideen einbringen. Genauso suchen wir noch Leute, die utopias unter die Leute bringen. Gehst du auf Demos? Oder du machst Veranstaltungen? Wir schicken dir gerne einige Exemplare zu!

Tipps und Tricks für ein richtiges Leben im Falschen

Containern

Wer sich die Statistiken über die Hungertode in der sogenannten „Dritten Welt“ anschaut - alle vier Sekunden verhungert ein Mensch -, müsste erst einmal denken, es gebe zu wenig Nahrungsmittel auf der Welt. Umso absurder ist es daher, wie viel Essen tagtäglich einfach weggeschmissen wird. Zwar geben Supermärkte und andere Händler_innen manchmal Teile ihrer bald ablaufenden Produkte an „Tafeln“ und andere gemeinnützige Organisationen ab. Trotzdem landet der größte Teil abgelaufener, bald ablaufender oder irgendwie beschädigter – also für die verwöhnte Kundschaft nicht mehr ansehlicher – Waren in Müllcontainern. Dies machen sich einige Menschen zunutze um Geld zu sparen und sich zumindest teilweise unserer konsumorientierten Wegwerfgesellschaft zu entziehen. Und so geht's:

Die Vorbereitung

Bevor es losgeht zum Containern, oder wie es in englischsprachigen Ländern meist genannt wird, zum Dumpster Diving (Mülleimer-Tauchen), sollten einige Vorbereitungen getroffen werden. Zuerst solltest du dir Gedanken über mögliche Standorte von Containern machen. Wenn du dich in einer Stadt nicht auskennst, kannst du vorher zum Beispiel im Internet bei OpenStreetMap oder Google-Maps nachschauen, wo es Supermärkte und andere Geschäfte gibt. Die sind dort eingezeichnet und sichtbar wenn du nah an Stadtteile heranzoomst. Auch der Zeitpunkt kann eine Rolle spielen. An Samstagen sind die Container teilweise voller als sonst, da die Geschäfte am nächsten Tag geschlossen haben und einiges mehr wegschmeißen als an anderen Tagen. Du solltest möglichst mit anderen gemeinsam losziehen, damit du Ängste überwindest und in möglichen Stresssituationen bei Konflikten mit Sicherheitsdiensten oder der Polizei nicht alleine dasteht - aber keine Sorge, solche Situation kommen nur sehr selten vor.

Die Ausstattung

Hilfreich ist es, sich mit Taschenlampen und Gummihandschuhen auszustatten. Die Müllcontainer sind oft schlecht beleuchtet und meistens sind dort neben den noch brauchbaren Dingen auch viele wirklich zermatschte und gammelige Sachen drin, die kaum eine_r gerne anfasst. Solltest du mit einem Rucksack unterwegs sein, solltest du vielleicht auch eine Plastiktüte einpacken, damit dein Rucksack nicht von innen schmutzig wird.



Kriminell?

Manchmal stehen die Müllcontainer hinter einem Zaun. Manche sind auch mit einem Vorhängeschloss oder ähnlichem abgeschlossen. Schlösser aufzubrechen oder aufzuschneiden ist Sachbeschädigung und damit eine Straftat. Aber auch das Betreten eines abgezaunten Bereichs kann Hausfriedensbruch sein, außerdem wird Containern oft als Diebstahl gewertet. Dessen solltest du dir immer bewusst sein. Durch die Illegalisierung sollte jedoch nie aus den Augen verloren werden, wer das eigentlich Unberechtigte tut: Die Supermarktketten und anderen Firmen, die alles was nicht mehr völlig den Vorstellungen der Kundschaft entspricht, zu Müll erklärt.

Neben dem Containern gibt es teilweise auch andere Wege kostenlos an Essen zu kommen. Einige Läden stellen zum Beispiel ihre „Abfälle“ für selbstorganisierte Veranstaltungen zu Verfügung. Auch das Nachfragen auf Wochenmärkten, wenn die Händler_innen bereits abbauen und sowieso nichts mehr verkaufen können, soll manchmal ergiebig sein und zumindest für ertragbarere Preise sorgen.

Arno Nym

Mehr Infos: <http://container.blogspot.de>
<http://www.trashwiki.org>

Vielfalt, Bewegung, Widerstand

Rezension

Gabriel Kuhn legt in seinem neuen Sammelband „Vielfalt, Bewegung, Widerstand. Texte zum Anarchismus“ ein kompaktes Sammelurium von Ideen und Anregungen zu anarchistischer Bewegung vor.

Die Aufsatzsammlung „Vielfalt, Bewegung, Widerstand“ gibt einen Überblick über Gebiete sozialer Kämpfe überall auf der Welt. Es wird der große Blick auf die Welt als Spielplatz antinationaler Bewegungen. Der Rahmen wird hier weit gefasst, und soll wohl verstanden werden, als die Summe von Menschen auf der Welt, die intuitiv herrschende Ordnungen ablehnen.

Transnationale Politik auf den Philipinen, die Gewaltdebatte rund um schwarze Blöcke und die Antiglobalisierungsbewegung sind dabei genauso vertreten, wie Gabriel Kuhns eigenes Projekt „CrimeThink“. Hier beschreibt Kuhn die Praxis der „Ex-ArbeiterInnen“, als Menschen, die versuchen, Kapitalismus effektiv Tag für Tag ab zu bauen.

Besonders angenehm ist, dass der hohe Anteil an weißen, männlichen Privilegierten in der anarchistischen Bewegung kritisch betrachtet wird. Hier gelte es, nicht stur gegen andere Strömungen und Ansätze zu wettern, sondern die Vielfalt der Ansätze zu wahren.

Problematisch wird das für Gabriel Kuhn offenbar nur an einer Stelle. AnarchoprimitivistInnen, die meinen mit rückwärtsgewandten Gesellschaftsbildern (z.B. die Ablehnung von Technik) eine herrschaftsfreie Umgebung schaffen zu können. Auch hier wird versucht, dem Primitivismus viel Raum zu geben, er müsse allerdings letztendlich als sehr gefährlich und wenig förderlich in die Schranken verwiesen werden.

Anders als in seinen früheren Büchern, etwa „Jenseits von Staat und Individuum“, wird in „Vielfalt, Bewegung, Widerstand“ kein komplexer, schwer zu verstehender Gedanke vorgelegt. Vielmehr sammelt Kuhn in seinem Buch Einladungen zum Denken, Phantasieren und Handeln.

Oft werden dabei festgefahrene Diskussionen aus dem Morast gerettet. So gibt Kuhn kund, dass er „keinen moralischen Grund“ sähe, McDonalds-Filialen nicht zu beschädigen. Sie seien versichert.

Die festgefahrene marxistische Kritik, nach der fast nichts oder höchstens am Ende der Geschichte durch geistige Anstrengungen die Welt verändert werden kann, wird durch den Verweis auf ein Sammelurium von anarchistischen Ansätzen aufgebrochen. Der Hebel wird hier nicht nur an der Wirtschaft angesetzt, sondern auch an der Kultur, an Kommunikation, an Techniken des Zusammenlebens.

Gerade für junge LeserInnen und solchen, die sich auch in der Einschätzung ihrer eigenen Kräfte und denen ihrer Bewegung allzu sehr auf die Einschätzung von bürgerlichen ExpertInnen verlassen, kann das Buch hier neue Horizonte aufzeigen.

Einen großen Teil in vielen Texten stellt die Rezeption von Bewegungen und Theorien aus der anarchistischen Szene aus den USA dar, wie Kuhn es nun schon in seinem Buch „Neuer Anarchismus in den USA“ getan hat. Das Buch stellt daher dür für Kuhn-KennerInnen ein Update dar, bildet aber für EinsteigerInnen einen schönen Einstieg in herrschaftsfeindliche soziale Bewegungen im Weltmaßstab.

Felix Blind

„der Nationen und Herrschaft auch weltweit überflüssig findet.“

Gabriel Kuhn: Vielfalt, Bewegung, Widerstand.

Texte zum Anarchismus“, Unrast, 2009, 141 S., 13 Euro

